

15.087

**Ausgleichsfondsgesetz****Loi sur les fonds de compensation***Differenzen – Divergences*

Ständerat/Conseil des Etats 06.12.16 (Erstrat – Premier Conseil)  
 Nationalrat/Conseil national 06.03.17 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
 Ständerat/Conseil des Etats 31.05.17 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 07.06.17 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Ständerat/Conseil des Etats 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

**Bundesgesetz über die Anstalt zur Verwaltung der Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO  
 Loi fédérale sur l'établissement chargé de l'administration des fonds de compensation de l'AVS, de l'AI et du régime des APG**

**Art. 8 Abs. 1 Bst. a***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(de Courten, Brand, Clottu, Herzog, Müri, Steinemann, Zanetti Claudio)  
 Festhalten

**Art. 8 al. 1 let. a***Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(de Courten, Brand, Clottu, Herzog, Müri, Steinemann, Zanetti Claudio)  
 Maintenir

**de Courten** Thomas (V, BL): Es geht hier um den Genehmigungsvorbehalt des Departementes, also der Bundesverwaltung, auf Deutsch gesagt, in der Frage, wie sich die Anstalt, die unsere Sozialversicherungsfonds verwaltet, künftig organisieren soll und darf. Dabei ist eine zentrale Aufgabe des Verwaltungsrates die strategische Führung und damit eben auch die Organisation. Das gehört zu den klassischen, zentralen Aufgaben des Verwaltungsrates. Der Verwaltungsrat setzt sich auch nach diesem Gesetz nach bestimmten Regeln zusammen. Der Bund ist als wesentlicher Beitragszahler in diesem Verwaltungsrat angemessen und stark genug vertreten, um seine Mitbestimmungsrechte und seine Einflussmöglichkeiten wahrzunehmen.

Ein zusätzliches Vetorecht der Verwaltung braucht es in der Sache also nicht – es sei denn, es geht nicht um die Sache, sondern um die Politik, um die politisch motivierte Einflussnahme auf die Unternehmensführung. Genau um diese Kompetenz streiten wir hier noch. Nach dem ganzen Gesetzgebungsprozess, den wir hier durchlaufen haben, in dem immer wieder auch die Regeln der guten Unternehmensführung oder der Good Governance, wie wir sie heute nennen, ins Feld geführt wurden, ist es richtig, wenn wir den Genehmigungsvorbehalt des EDI in dieser Frage nicht gewähren. Ich bitte Sie deshalb, an der bisherigen Beschlussfassung festzuhalten und den Erlass des Organisationsreglementes der Anstalt ohne zusätzliche Genehmigung des Eidgenössischen Departementes des Innern zu beschliessen.

**Gysi** Barbara (S, SG): Ich spreche namens der SP-Fraktion und bitte Sie, dem Ständerat zu folgen bzw. dem Bundesrat, wonach eben dieses Organisationsreglement dem EDI, dem zuständigen Departement, zur Genehmigung vorgelegt werden muss.

Wir haben es hier mit einem sehr schlanken Gesetz zu tun. Es sind sehr viele Kompetenzen auch beim Verwaltungsrat,

aber dieses Organisationsreglement soll eben noch dem Departement zur Genehmigung unterbreitet werden. Das ist sicher richtig. Wenn der Minderheitssprecher de Courten sagt, es sei wegen der Governance nicht richtig, wenn das genehmigt werden muss, dann möchte ich dem entgegenhalten, dass es eben gerade richtig ist, wenn das Departement doch noch den Finger draufhält. Andere Kompetenzen sind delegiert, aber beim Organisationsreglement geht es nicht um eine Kleinigkeit, sondern da geht es eben auch um das Funktionieren der ganzen Anstalt. Ich glaube, das ist wichtig. Es wurde auch von ihm erwähnt, dass es ja nicht wenig Bundesgeld hat bei Compenswiss. 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben werden ja durch die Bundeskasse finanziert, und es reicht eben nicht einfach aus, wenn der Bund jemanden in den Verwaltungsrat delegiert. Das ist zwar wichtig und richtig, aber es ist sicher okay und auch gut, wenn er beim Organisationsreglement eben auch diesen Genehmigungsvorbehalt hat. Es ist nicht einfach ein Vetorecht, sondern es geht wirklich darum, dass diese Organisation dann auch gut ausgestaltet ist.

Ich möchte Sie darum bitten, den Minderheitsantrag abzulehnen, der Mehrheit zu folgen und dieser auch im Ständerat absolut unbestrittenen Forderung, dass das Organisationsreglement dem Departement vorgelegt werden muss, zuzustimmen.

**Häsler** Christine (G, BE): Beim Ausgleichsfondsgesetz zur Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt für die Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO hat sich der Nationalrat in erster Lesung zwar beim Eintreten zuerst etwas schwergeworfen, die Vorlage wurde hier dann aber sehr deutlich und mit einer sehr klaren Mehrheit verabschiedet. Nun besteht lediglich noch eine einzige Differenz – Sie haben es gehört –, allerdings eine sehr wichtige Differenz. Es geht um die Frage, ob der Verwaltungsrat der künftigen Organisation dem Bundesrat das Reglement zur Genehmigung vorlegen muss oder nicht.

Der Bund trägt fast einen Fünftel der AHV-Ausgaben. Damit trägt er jährlich mehr als 10 Milliarden Franken zum Fonds bei. Hier schaffen wir nun ein Gefäss, das eine sehr wichtige öffentlich-rechtliche Aufgabe übernehmen wird. Angesichts dieser Grundlage scheint es uns Grünen selbstverständlich, ja unabdingbar, dass es hier in Form der Genehmigung des Organisationsreglementes noch eine minimale Einflussnahme des Bundesrates oder des EDI gibt. Das ist ordnungspolitisch richtig, und es ist auch finanzpolitisch richtig und wichtig.

Ich kann es kurz machen: Die grüne Fraktion unterstützt das Ausgleichsfondsgesetz einstimmig, und sie unterstützt damit auch die Genehmigung des Organisationsreglementes durch den Bundesrat.

**Lohr** Christian (C, TG): Auch ich kann es sehr kurz machen. Die CVP-Fraktion ist bereit, hier dem Ständerat entgegenzukommen. Wir wollen dieses Geschäft bereinigen und möchten diesen einen verbleibenden Punkt jetzt wirklich nicht noch infrage stellen. Für uns ist es ganz klar, dass es zum jetzigen Zeitpunkt in der Differenzbereinigung am Genehmigungsvorbehalt durch das EDI wirklich festzuhalten gilt. Es handelt sich hier nicht einfach um ein unwichtiges Geschäft. Im Organisationsreglement hat es wesentliche Punkte drin, es ist nicht nur einfach eine Formalität. Es geht auch um Fragen bezüglich Verwaltungsrat, um das Delegieren von Verantwortlichkeiten usw. Da sind wir wirklich der Meinung, dass das Departement an dieser Stelle die Kompetenz haben soll, die entscheidende Stimme abzugeben.

Ich wiederhole: Unsere Fraktion wird hier dieser Bereinigung einstimmig Folge leisten.

**Präsident** (Stahl Jürg, Präsident): Die grünliberale Fraktion und die BDP-Fraktion unterstützen den Antrag der Mehrheit.

**Berset** Alain, conseiller fédéral: Ce règlement d'organisation traite en fait de tout ce qui n'est pas réglé expressément dans la loi sur les fonds de compensation: il fixe les modalités; il règle la procédure au sein du conseil d'administration, par

exemple pour ce qui concerne la convocation, la procédure de décision, le droit de consulter des documents, le droit des membres à être informés; il règle la question de la garantie, accordée au personnel, de suivre une formation ou un perfectionnement nécessaire; il précise l'attribution d'autres tâches à la direction. Il est donc aussi question de la répartition des tâches entre le conseil d'administration et la direction. Compenswiss sera, en vertu de la présente loi, un établissement de droit public de la Confédération. Cet institut gérera plus de 35 milliards de francs pour nos assurances sociales. Le Conseil fédéral estime nécessaire – mais c'est également valable pour votre commission et pour le Conseil des Etats – qu'un certain contrôle, qu'un certain échange d'informations soit garanti. Cela va de pair avec l'idée que le règlement soit approuvé par le Département fédéral de l'intérieur. De la sorte, on garantit une certaine flexibilité et plus de simplicité lorsqu'il est nécessaire de le modifier. Ainsi, il n'y a pas à mettre en route toute une procédure assez complexe pour consulter l'ensemble des membres du Conseil fédéral. De cette façon, c'est assez flexible, assez simple et cela garantit la circulation de l'information et, pour un établissement de droit public de ce type, un certain droit de regard de la part de la Confédération.

J'aimerais, par cette argumentation, vous inviter à suivre la majorité de votre commission.

**Sauter** Regine (RL, ZH), für die Kommission: Wir behandeln die einzige verbleibende Differenz im Ausgleichsfondsgesetz. Es geht um Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a und um die Frage, ob der Verwaltungsrat von Compenswiss das Organisationsreglement selbst erlassen kann oder ob er dieses noch dem Eidgenössischen Departement des Innern zur Genehmigung vorlegen muss.

Der Nationalrat hatte am 6. März 2017 mit 95 zu 95 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten beschlossen, dass die Verabschiedung des Organisationsreglements in die alleinige Kompetenz des Verwaltungsrates fällt. Der Ständerat hat letzte Woche ohne Gegenantrag entschieden, an seiner Fassung festzuhalten, wonach eine Genehmigung durch das EDI notwendig ist.

Die Mehrheit Ihrer Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit beantragt Ihnen, der Argumentation des Ständerates zu folgen. Wir hielten unter anderem fest, dass rund 10 Milliarden Bundesfranken jedes Jahr in den AHV-Fonds fließen. Der Bund trägt also 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben und hat damit ein grosses Interesse daran, zumindest ein Stück weit mitsprechen zu können. Bei verschiedenen Punkten sind die Kompetenzen alleine bei Compenswiss; hier erscheint dies der Mehrheit als nicht zweckmässig.

Eine Minderheit der Kommission will an der Version des Nationalrates festhalten. Für sie geht es um eine zentrale Frage, nämlich, ob der politische Einfluss auf die Organisation verstärkt werden sollte oder ob fachlich-sachliche Kriterien in den Vordergrund gestellt werden sollten. Im Sinne der Corporate Governance sei eine saubere Trennung zwischen der strategischen und der operativen Führung nötig. Die Version des Ständerates baue hingegen ein politisches Element ein, das dem Bestreben nach einer saubereren Trennung grundlegend widerspreche.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 15 zu 7 Stimmen bei 0 Enthaltungen, der Mehrheit zu folgen und diese Differenz zu beseitigen. Ich darf Ihnen ausserdem mitteilen, dass die FDP-Liberale Fraktion die Mehrheit unterstützt.

**Clottu** Raymond (V, NE), pour la commission: Lors de notre séance du 1er juin dernier, dans le cadre de la procédure d'élimination des divergences, notre commission a décidé, à l'article 8 alinéa 1 lettre a, de se rallier à la décision du Conseil des Etats et donc de maintenir la version du Conseil fédéral, selon laquelle le conseil d'administration de Compenswiss est chargé des tâches suivantes: "il édicte le règlement d'organisation de l'établissement et le soumet à l'approbation du Département fédéral de l'intérieur". Une minorité de notre commission propose de maintenir la décision du 6 mars dernier de notre conseil, certes obtenue d'un cheveu, et de dispenser le conseil d'administration de Com-

penswiss de devoir obtenir l'aval du Département fédéral de l'intérieur pour édicter le règlement d'organisation.  
Je vous remercie de soutenir la proposition de la majorité de la commission.

**Abstimmung – Vote**  
(namentlich – nominatif; 15.087/15307)

Für den Antrag der Mehrheit ... 118 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 70 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

**Präsident** (Stahl Jürg, Präsident): Das Geschäft ist damit bereinigt und bereit für die Schlussabstimmung.

16.3631

### Motion SGK-SR.

#### Länger dauernde Mutterschaftentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen

### Motion CSSS-CE.

#### Rallonger la durée de l'allocation de maternité en cas de séjour prolongé du nouveau-né à l'hôpital

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.16  
Nationalrat/Conseil national 07.06.17

**Antrag der Mehrheit**  
Annahme der Motion

**Antrag der Minderheit**  
(Herzog, Brand, Brunner, Clottu, de Courten, Frehner, Giezendanner, Pezzatti, Sollberger)  
Ablehnung der Motion

**Proposition de la majorité**  
Adopter la motion

**Proposition de la minorité**  
(Herzog, Brand, Brunner, Clottu, de Courten, Frehner, Giezendanner, Pezzatti, Sollberger)  
Rejeter la motion

**Präsident** (Stahl Jürg, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

**Schmid-Federer** Barbara (C, ZH), für die Kommission: Die vorliegende Motion geht zurück auf einen Bundesratsbericht als Antwort auf das Postulat Maury Pasquier 10.3523, vom Ständerat angenommen 2010, und das Postulat Teuscher 10.4125, vom Nationalrat angenommen 2011. Beide Postulate verlangen im Wesentlichen, dass Müttern bei einer längeren Hospitalisierung ihres Neugeborenen von mindestens drei Wochen ein Einkommen gewährleistet wird. Ziel ist es also, bestehende Erwerbslücken bei einem Aufschub des Mutterschaftsurlaubs zu schliessen.

Ihre Kommission hat die vorliegende Motion am 7. April 2017 beraten und empfiehlt Ihnen mit 15 zu 9 Stimmen, die Motion anzunehmen. Der Ständerat hat dieser Motion bereits zugestimmt, und zwar ohne Gegenstimme.

Wenn das Neugeborene nach der Geburt mindestens drei Wochen hospitalisiert wird, kann die Mutter den Anfang der Mutterschaftentschädigung auf den Zeitpunkt verschieben,



11.489

15.087

**Parlamentarische Initiative  
Lang Josef.  
Aufhebung von Artikel 293 StGB**

**Initiative parlementaire  
Lang Josef.  
Abrogation de l'article 293 CP**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Nationalrat/Conseil national 12.12.14 (Frist – Délat)  
 Nationalrat/Conseil national 15.03.17 (Erstrat – Premier Conseil)  
 Ständerat/Conseil des Etats 29.05.17 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
 Nationalrat/Conseil national 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Ständerat/Conseil des Etats 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

**Strafgesetzbuch (Veröffentlichung amtlicher geheimer Verhandlungen)  
Code pénal (Publication de débats officiels secrets)**

*Abstimmung – Vote*  
 (namentlich – nominatif; 11.489/15488)  
Für Annahme des Entwurfes ... 195 Stimmen  
 (Einstimmigkeit)  
 (0 Enthaltungen)

15.084

**Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall. Bundesgesetz**

**Protection contre les dangers liés au rayonnement non ionisant et au son. Loi fédérale**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Ständerat/Conseil des Etats 16.06.16 (Erstrat – Premier Conseil)  
 Nationalrat/Conseil national 08.12.16 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
 Ständerat/Conseil des Etats 01.03.17 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 07.06.17 (Differenzen – Divergences)  
Nationalrat/Conseil national 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Ständerat/Conseil des Etats 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

**Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall  
Loi fédérale sur la protection contre les dangers liés au rayonnement non ionisant et au son**

*Abstimmung – Vote*  
 (namentlich – nominatif; 15.084/15489)  
Für Annahme des Entwurfes ... 124 Stimmen  
 Dagegen ... 69 Stimmen  
 (2 Enthaltungen)

1222

15.087

**Ausgleichsfondsgesetz  
Loi sur les fonds de compensation**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Ständerat/Conseil des Etats 06.12.16 (Erstrat – Premier Conseil)  
 Nationalrat/Conseil national 06.03.17 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
 Ständerat/Conseil des Etats 31.05.17 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 07.06.17 (Differenzen – Divergences)  
Nationalrat/Conseil national 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Ständerat/Conseil des Etats 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

**Bundesgesetz über die Anstalt zur Verwaltung der Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO  
Loi fédérale sur l'établissement chargé de l'administration des fonds de compensation de l'AVS, de l'AI et du régime des APG**

*Abstimmung – Vote*  
 (namentlich – nominatif; 15.087/15490)  
Für Annahme des Entwurfes ... 129 Stimmen  
 Dagegen ... 67 Stimmen  
 (0 Enthaltungen)

15.410

**Parlamentarische Initiative  
de Buman Dominique.  
Mehrwertsteuer.  
Dauerhafte Verankerung  
des Sondersatzes  
für Beherbergungsleistungen**

**Initiative parlementaire  
de Buman Dominique.  
Ancrer durablement  
le taux spécial de TVA  
applicable à l'hébergement**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Nationalrat/Conseil national 04.05.17 (Erstrat – Premier Conseil)  
 Ständerat/Conseil des Etats 30.05.17 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
 Nationalrat/Conseil national 31.05.17 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 15.06.17 (Differenzen – Divergences)  
 Ständerat/Conseil des Etats 15.06.17 (Differenzen – Divergences)  
Nationalrat/Conseil national 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Ständerat/Conseil des Etats 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

**Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer  
Loi fédérale régissant la taxe sur la valeur ajoutée**

*Abstimmung – Vote*  
 (namentlich – nominatif; 15.410/15491)  
Für Annahme des Entwurfes ... 180 Stimmen  
 Dagegen ... 12 Stimmen  
 (4 Enthaltungen)